

Die Heimarbeiterin.

Organ der christlichen Heimarbeiterinnen-Bewegung.

Das Blatt erscheint monatlich. Mitglieder erhalten es kostenlos. Redaktionschluss am 15. jeden Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W30, Nollendorffstr. 13—14.
Fernsprecher: Amt VI, 2858.
Sprechstunden: werktäglich von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., Sonntags nur bis 2 Uhr nachm.

Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle und durch alle Postämter.
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Nummer 8.

Berlin, August 1911.

11. Jahrgang.

Tue deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verfallen sind.

Sprüche Salomonis 31, 8.

Brauchen wir Vertragsausschüsse für die Hausindustrie?

Die Frage könnte mit demselben Rechte lauten: Soll die Heimararbeit erhalten werden? Und über diese Frage haben sich im letzten Jahrzehnt — wohl im wesentlichen ein Erfolg unserer Heimarbeiterinnenbewegung — die Meinungen derartig geklärt, daß heute nur noch zwei glatte Antworten darauf möglich sind. Die eine: „Die Heimararbeit ist zu beseitigen, da sie Lohnrückständerin ist und bleibt und als solche die Besserung der wirtschaftlichen Lage des vierten Standes dauernd hindert.“ Die andere: „Die Heimararbeit muß erhalten werden als die geeignetste Erwerbsmöglichkeit für die Frau und Mutter einerseits und die halben Kräfte, die in keinem Betriebe mehr Verwendung finden würden, andererseits.“ Aber damit sind diejenigen, die für Erhaltung der Heimararbeit eintreten, noch nicht mit dem, was sie zu sagen haben, zu Ende. Sie fahren fort: „Die Heimararbeit ist tatsächlich um der Mütter und der halben Kräfte willen eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Ihre Erhaltung ist aber nur dann berechtigt, wenn ihre Bedingungen auf gesunde Grundlage gestellt werden, d. h. wenn die Lohnverhältnisse irgendwie geregelt werden. Wer Heimararbeit erhalten will, muß gleichzeitig Heimarbeitsreform wollen!“ Es handelt sich nun darum, festzustellen, wer die Beseitigung und wer mit der Erhaltung die Reform der Heimararbeit will.

Ihre Beseitigung wünscht, unterstützt von einigen Kurtheoretikern, die Sozialdemokratie. Ihr ist der mit Heimararbeit beschäftigte Teil der Bevölkerung ein Dorn im Auge. Nicht nur, weil die tatsächlich vorhandenen Widersprüche ihrer Entlohnung wie auch der Tiefstand der Löhne selbst oft genug die Besserung der Verhältnisse im Gewerbe aufhalten, sondern vor allem deshalb, weil diese Bevölkerungsschicht so sehr viel schwerer für Massenhaß und Zukunftsangst zu erwärmen ist. Es ist oft geradezu ergreifend, wie die Heimarbeiterin in all ihrer Not und ihrem Entbehren vermag, selbstlos zu denken! Wer mitten in der Heimarbeiterinnenbewegung steht, könnte darüber Bände schreiben. Ist es nicht ergreifend, wenn bei Gelegenheit der Durchberatung von Lohnsätzen für eine geplante Tarif-erneuerung eine schlesische Heimarbeiterin, Witwe mit unversorgten Kindern, sagt: „Ja, aber wenn wir das verlangen, wird dann auch der Herr Sch. zurechtkommen können?“ Unwillkürlich denkt man, obwohl „der Herr Sch.“ wenn er für die neue Saison die Löhne festsetzt, auch darüber sich Gedanken macht, ob die Witwe K. mit den wenigen Pfennigen Stundenverdienst, die er ihr zu geben bereit ist, wohl „zurechtkommen“ kann? — Als unsere Hauptvorsitzende in Berlin neulich eine Branchenversammlung von Damenkonfektionsnäherinnen abhielt,

liefen ganz ähnliche Sorgen — in diesem Fall um das Auskommen ihrer Zwischenmeister — von einer ganzen Reihe von Mitgliedern heraus, so daß unsere Hauptvorsitzende schließlich sagte: „Kinder, tut mir die Liebe und zerbrecht Euch nicht die Köpfe über das Ergehen der Zwischenmeister und Oberarbeitgeber! Auch die besten unter ihnen werden schon für sich zu sorgen wissen und sollen es auch. Ihr aber habt jetzt die Pflicht, für Euch, Eure und Eurer Kinder Zukunft zu sorgen! Also vorwärts! Die andern sagen doch nachher noch längst nicht zu allem: ja.“ — Nicht wahr, solch Menschenmaterial ist wenig geeignet für Haß und nichts als Haß? — Eine Schirmarbeiterin, der wir bei einer ganz Teil besser zahlenden Firma dauernde Arbeit verschaffen wollten, erklärte: „Ich arbeite nun schon 26 Jahre für K. Schlecht zahlt er ja. Aber ich bin doch nun schon so lange da, bin in meinem Geschäft Grobmutter geworden und — er behandelt jede von uns anständig! Ich bleibe.“ Auch unsereiner ist oft unglücklich über diese, das eigene Interesse zu wenig berücksichtigende, sogen. „Rückständigkeit“. Und die Heimarbeiterinnen müssen sich oft genug gerade deshalb Dummheit, Unentwickeltheit und weis Gott, was noch alles von der übrigen Arbeiterschaft vorwerfen lassen. Rückt man die Dinge aber unter einen andern Gesichtspunkt, sieht man sie auf Ewigkeitswerte hin an, so darf wohl getrost behauptet werden, daß in den Herzen und Häusern der Heimarbeiterinnen sich noch Schätze bergen, um die unser Vaterland nicht ärmer werden darf. — Wer sich um Heimarbeiterinnen kümmert, kennt auch den Namen Robert Wilbrandt. Wir alle wissen, daß er sehr stark zur radikalen Lösung der Heimarbeitsfrage neigt. Er dürfte vielmehr um der Beseitigung ihrer Not willen auch für ihre Beseitigung selbst sein. Und doch! Fragt ihn einmal nach seinen Erfahrungen unter unsern Mitgliedern im Norden Berlins, als er s. B. Erhebungen unter ihnen veranstaltete. Kennt ihn den Namen jener zarten, feinfühligsten Frau, die heute auch in der Totenecke unseres Blattes steht, und seine Augen werden leuchten und er wird von ihr sprechen mit einer Ehrerbietung, die ihm ihr Kennenlernen abgewonnen hat. Auch er weiß, welche Schätze im Gemüt der Heimarbeiterin schlummern, Schätze, die sicher gemindert werden, wenn man sie zwänge, von der Heim- zur Fabrikarbeit überzugehen. Aus dem einfachen Grunde, weil dann weniger Opfer für Mann und Kinder, für Haus und Herd gebracht würden. Die Opferbringer werden wohl immer das tiefste Seelenleben haben, wo sie auch stehen. Und Opferbringer sind die Heimarbeiterinnen alle!

Weil mit solchen Leuten aber im landläufigen Sinne „nicht viel anzufangen ist“, darum klang auch durch die Verhandlungen des achten Kongresses der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die vor wenigen Wochen in Dresden stattgefunden haben, sehr energisch der Wunsch nach Beseitigung der Heimararbeit, wenn man auch — vorsichtiger geworden — jetzt mehr von allmählicher Umwandlung spricht und nicht ohne weiteres von „Ab schaffen“. Die Heimarbeiter könnten sonst noch schwerer für den sozialdemokratischen Organisationsgedanken zu haben sein! Daß aber Beseitigung das Endziel ist, geht auch aus den Tarif-

verhandlungen, die augenblicklich für die Album-, Mappen- und Galanteriewaren-Industrie in Berlin, stattfanden, hervor. Der beteiligte sozialdemokratische Verband hat einfach in den Tarif eine weitere Einschränkung der Heimarbeit hineingebracht, indem Photographiealben und Mappen jetzt nur noch in „eigenen Betrieben“ hergestellt und neue Heimarbeiter und Zwischenmeister nur in dringenden Fällen beschäftigt werden dürfen.

Noch ein anderer Weg, den Heimarbeitern das Brot verbieten im eigenen Heim abzugewöhnen, hat sich gefunden. Der sozialdemokratische Schneiderverband (siehe den nachfolgenden Bericht aus Breslau) lehnt seit einiger Zeit unsern Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, dessen Mitglieder für seine Schneider als Hosen-, Westen-, Arbeiter- und Knabenanzug-Näherinnen dauernd als Mitarbeiterinnen in Frage kommen, bei allen Tarifverhandlungen als Mitkontrahenten ab. Die Königsberger Arbeitgeber der Herrenkonfektion haben — wie waren bei allen Vorverhandlungen zum Segen der Hosen- und Westennäherinnen beteiligt — dann einfach einen Sondertarif mit unserer Organisation abgeschlossen, da der Abw die Arbeitgeber-Vertretung, wie's scheint, mehr Begriffe von Arbeiterrechten hat, wie diese „roten Brüder“, die die „Arbeiter-solidarität“ immer im Munde führen. Die Breslauer Arbeitgeber aber, gaben in merkwürdiger Schwäche dem Terrorismus des sog. „freien“ Verbandes nach und lehnten unsere Organisation ab, trotzdem wir 1907 mit jenen und ihnen den Tarif, der jetzt erneuert werden soll, abgeschlossen hatten. Man schämt sich, hinzuzufügen, daß auch zwei andere Beteiligte, allerdings kleine Schneiderverbände, nicht Rückgrat genug hatten, sich mit dem Gewerkverein der Heimarbeiterinnen solidarisch zu erklären, sondern als gehorjames Gefolge der Notensich aufstauten.

Diese Ablehnung bei Tarifverhandlungen ist der neue Weg, um den Heimarbeiterinnen teils die Heimarbeit, vor allem aber die christlich-nationale Ständevertretung, den Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands, zu verleiden. Das erstere besorgt man auch dadurch, daß man die Interessen der Heimarbeitenden so gut wie gar nicht wahrnimmt. Der Breslauer Tarifentwurf sieht eine 10prozentige Lohnerhöhung auf Kinderkonfektion vor, ohne Angabe, wieviel davon die Arbeiterin erhalten soll. Und wer von uns Gewerkschaftlern wußte nicht genau genug, was in der Konfektion eine 10prozentige Lohnerhöhung zu bedeuten oder vielmehr nicht zu bedeuten hat! Uebers Jahr heißt der Anzug Anton, der jetzt Karl heißt und jede Erhöhung ist vorüber! Ja, ja, den Heimarbeitenden, besonders den dummen Heimarbeiterinnen, die noch nicht reif für den Zukunftsstaat werden wollen, denen muß man den Brotkorb ja nicht zu niedrig hängen, denen muß man die Heimarbeit und dann allmählich die Gesinnung abgewöhnen!

Es wären ja von dem Augenblick an „aufgeklärte“ und „fortgeschrittene“ Menschen, wo sie sich entschlossen, der alten Fahne untreu zu werden und wie die große Herde dem roten Banner zu folgen. Weil sie das nicht wollen, darum versucht man ihnen durch diese, durch kurzfristige Arbeitgeber gestützte Ausschließungspolitik ihre Organisation zu verleiden. „Ja, wenn ihr bei uns im Verbands wäret, dann könntet ihr mitverhandeln! Euer Gewerkverein ist ja gar keine Organisation. Die wird nicht zugelassen. Ihr seid eben rechtlos. Seid doch nicht so dumm und lauft da noch weiter mit! Kommt zu uns, wo eure Interessen (Wir haben ja gehört, wie! Die Schriftleitung.) wirklich vertreten werden!“

Es ist aller Ehren wert, daß Frauen, schwache Frauen, trotz alledem Stange halten. Wird ihnen so ungerecht mitgespielt wie in Breslau, dann werden sie freilich schließlich wild und jene Podruse erscheinen ihnen als einfache Unverschämtheit. Immerhin ist es aber doch ein Zustand, der zu denken gibt!

Haben im Deutschen Reich wirklich — bleiben wir bei dem Schneidergewerbe — die rund 40 000 rotorganisierten

Schneider darüber zu bestimmen, wer bei Tarifverhandlungen beteiligt sein darf und wer nicht? Soll es ihrer Willkür überlassen bleiben und dem Zufall, ob die Arbeiter energisch genug sind, die Beteiligung aller in Frage kommenden gewerkschaftlichen Verbände zu erzwingen, ob Heimarbeit-Interessen mitgeregelt werden oder nicht?

Wünscht man wirklich, daß die Heimarbeit unter den Frauen erst so erfolgreich sein möge, daß auch sie alle rot organisiert sind und dann kein Ausschluß mehr versucht wird?

Ist das wirklich die Gerechtigkeit, die es in Deutschland gibt?

Das glauben wir nicht und wollen wir nicht glauben!

Aber wir Heimarbeiterinnen fordern jetzt mit allem Nachdruck die gesetzliche Hilfe, die uns not tut! Wir erwarten fest, daß der Herbst uns das Hausarbeitgesetz bringt. Aber wir erwarten auch, daß es Einigungs-, richtiger: Verhandlungsmöglichkeiten bringt. Kein Arbeitgeber wird davon geringer, daß er auch mit Heimarbeiterinnen verhandelt! Wir gedenken in dieser schweren Zeit voll Dankbarkeit eines anderen Königsberger Arbeitgebers aus der Schirmbranche, der 1906, als wir den Tarifvertrag mit seiner hochanständigen Firma zum Abschluß gebracht hatten, zu unserer Hauptvorsitzenden sagte: „Fräulein Behm, diese Stunde wird im Buche der Ewigkeit mit goldenen Lettern eingetragen werden!“

In das Buch muß mehr hinein. Auch die Ueberwindung der Widerstände seitens der engherzigsten, unfreiesten Organisationsgebilde, die es gibt. Auch die Befehung rückständiger Arbeitgeber zum Gedanken: Den Frauen, den Schwächsten und Kernsten, werde auch ihr Recht!

Dazu gehört weiter nichts, als daß das Hausarbeitgesetz Vertragsausschlüsse mit Verhandlungszwang bringt! Aber bringt den Verhandlungszwang für alle, die im Gewerbe in Frage kommen! Das Ergebnis werden in 100 Fällen 99 Tarifabschlüsse sein. Damit wird der Weg der wirksamsten Heimarbeiterreform beschritten, denn das Ergebnis jeder Verhandlung ist irgendwelche Regelung und die Regellosgkeit, die volle Willkür, ist ja das Joch, unter dem bis heute die Heimarbeit seufzt.

Wir taten den Mund auf für die Stummen. Wir glauben fest, daß man im deutschen Vaterlande die Sache der Armen — und das sind die Heimarbeiterinnen — erkennen und ihrer sich trenlich annehmen wird.

Säet euch Gerechtigkeit, so werdet ihr nicht nur Liebe, sondern auch die Wohlfahrt des Landes ernten.

Die Breslauer Lohnbewegung.

Bereits im vergangenen Winter hieß es: In Breslau bahnt sich eine Lohnbewegung in der Herren- und Knabenkonfektion an. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, wie notwendig eine Aufbesserung der Löhne ganz besonders in der Knabenkonfektion ist. Selbstverständlich war der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen sofort zur Mitarbeit bereit und tat die nötigen Schritte, um sich eine Stimme in der Lohnkommission zu sichern. Ein diesbezüglicher Antrag wurde von den Arbeitervertretern glatt abgelehnt. Von einer Mitberatung des Tarifs war also keine Rede und so kommt es, daß dieser für Kinderkonfektion nur eine 10%ige Lohnerhöhung vorsieht, ohne jegliche Bestimmung darüber, daß dieser Zusatztag auch wirklich der Arbeiterin zukomme, und nicht beim Zwischenmeister hängen bleibt. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß der Zwischenmeister keine Lohnerhöhung braucht. Aber wieviel von den 10% der Arbeiterin bei einem Anzug für 60 oder 70 Pf. bleiben, kann man sich leicht ausrechnen, besonders wenn man bedenkt, daß meist Jacke und Hose getrennt ausgegeben werden. Ob die Männer nicht so weit denken können oder ob sie es nicht für notwendig erachten, daß darüber Bestimmungen zu treffen sind, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls haben sie die Heimarbeiterinnen-Interessen nicht gewahrt!

Nun ein Situationsbericht: Es wurde nach vorherigen Versammlungen seitens der beteiligten drei Schneider-Organisationen (sozialdemokratischer, Christ-Demokratischer und Christlicher

Verband) beschlossen, zum größeren Nachdruck der eingereichten Forderungen bei 13 Firmen die Arbeit niederzulegen. Das geschah Montag, den 17. Juli. Inzwischen wurden von uns erneut nach allen Seiten hin Versuche gemacht, unsere Teilnahme an den Verhandlungen zu erreichen. Wie von seiner „Arbeiter солидарität“ nicht anders zu erwarten war, lehnte der freie Verband, die stärkste der in Frage kommenden Organisationen, ein Mitarbeiten des christlichen Gewerkevereins ab. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes wollte zunächst überhaupt nicht wissen, daß in Breslau eine Organisation der Heimarbeiterrinnen bestände, besann sich dann aber recht bald auf frühere Verhandlungen mit der bisherigen Vorsitzenden, Fräulein Landsberg. Er gab offen zu, daß für ihn nur der „freie“ Verband in Frage komme, der die beiden übrigen ins Schlepptau genommen habe. Bevor er uns eine endgültige Antwort gäbe, wollte er die Verhandlungen am Donnerstag, den 20. Juli, abwarten. Diese fanden abends 8 Uhr statt. Den Mitgliedern unseres Gewerkevereins wurde der Zutritt verweigert! Einzelne unserer Leute hatten sich hereingewagt, wurden aber vor der Abstimmung aus dem Saal genötigt. Arbeiterinnen-Interessen-Vertretung! Im Saal wurde dann über den Ausgang der Verhandlungen berichtet. Die Arbeitgeber lehnen eine generelle Lohnerhöhung ab, ebenso ist keine Einigung über den Zeitpunkt, wann der neue Tarif eintreten bezw. ablaufen soll, zu erzielen. So wurde natürlich beschlossen: weiterstreiken. Als das Resultat bekanntgegeben wurde, herrschte helle Entrüstung unter unseren Leuten, die tapfer bis 12 Uhr nachts auf dem Hofe ausgehalten hatten. Das war ja die einzige Möglichkeit, in eigener Sache irgend etwas zu erfahren. „Also die jungen Dinger, die schließlich in der Werkstat nicht mal die Woche soviel verdienen, wie ihre Streikunterstützung beträgt, die dürfen mitreden und mitstimmen und wir Frauen, die wir oft die ganze Familie ernähren müssen, wir sollen bloß gebulbt tun, was die andern wollen. Das gibt's nicht! Entweder man hört auch uns und erkennt uns an oder wir machen jetzt, was wir wollen!“ Kann man das den Leuten verdenken? „Selbsterständlich ist es eine Ehrenpflicht, daß Ihre Leute streiken“, jagte der Leiter des freien Verbandes am Donnerstag. Also Pflichten ohne Rechte. Von Vorsitzenden verschiedener christlicher Verbände hier am Orte, sowie vom Zentralvorsitzenden einer großen Bruderorganisation wurde uns gesagt, daß wir unter den gegenwärtigen Umständen durchaus im Rechte seien, wenn wir die beteiligten Verbände in ihrer Lohnbewegung, von der sie uns ausschließen, nun auch nicht weiter unterstützen, sondern die Arbeit überall wieder aufnehmen. Nach Beschluß seitens der Arbeitgeber wurden sämtliche organisierten Arbeiter ausgesperrt. So liegen die Dinge augenblicklich. Gibt es einen stärkeren Beweis für Bundesrat und Reichstag, daß im Hausarbeitgesetz Lohnkommissionen oder Vertragsausschüsse oder sonst irgendwelche Verhandlungsmöglichkeiten für die Heimarbeiterrinnen geschaffen werden müssen?

Sophie Erdens.

Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie.

Auf dem diesjährigen Kongress der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands gab der bekannte Nationalökonom der Universität Breslau, Prof. Dr. v. Wenckstern, über obiges Thema folgende Aussen-erregende Ausführungen.

„Die parteilose Stellung, nur geleitet durch den Wunsch, an der Hebung der gesamten Volkskraft mitzuarbeiten, führt in unserer Zeit zu einem bestimmten Appell an alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen, welche nicht sozialdemokratisch sind, insbesondere an die Delegierten des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Er ergibt sich als gebieterische Forderungen aus dem Charakter und den voraussichtlichen Entwicklungen unserer Zeit.“

Die nahe bevorstehende Reichstagswahl legt eine Prüfung nahe, ob ihr Ergebnis ein erfreuliches sein wird. Wahrscheinlich nicht! Denn entweder wird die Sozialdemokratie eine große Anzahl Mandate gewinnen, oder, wenn die Wahlfähigkeiten dieses verhindern, doch enorme Massen von Wählerstimmen auf sich vereinigen. So wird der tiefe Zwiespalt unseres Staats- und Volkslebens wieder offenbar werden: Die offizielle Welt des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaft steht inmitten einer Volksmasse, welche systematisch zu Haß und Verachtung gegen die offizielle Welt durch die Sozialdemokratie gebracht worden ist.

Haß und Verachtung hat die Sozialdemokratie in den Massen erziehen können. Zum Zusammenbruch von Staat und Gesellschaft um 1900 ist es aber nicht gekommen — und es wird nicht kommen. Die Rechts- und Sittenordnung ist übermächtig stark. In ihr hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung befähigt, welche in Kombination mit der Sozialdemokratie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Arbeiterklasse und damit für die Entwicklung der Menschheit werden kann.

Natürlich gibt es in Staat und leitenden Schichten der Gesellschaft egoistische und materialistische Tendenzen. Sie herrschen aber im Deutschen Reich nicht. Die Herrschaft hat ein mannigfaltig ausgestatteter Idealismus der Starken und Mächtigen: man weiß zu wirtschaften, zu regieren und zu leben!

Der materielle Fortschritt ist ein ungeheurer. Als Einschlag ist die auf die Hebung der Arbeiterklasse berechnete Sozialpolitik in Angriff genommen.

Umgekehrt hat der Idealismus sich im Sozialismus und der Sozialdemokratie erheblich verflüchtigt und weicht in der Praxis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aller Art einem sich vorbrängenden harten Klassengeizismus und Materialismus. Wenn vor 30 Jahren beim Beginn der Sozialpolitik Besorgnis vor der Sozialdemokratie mitgespielt hat — wofür die Sozialdemokratie einen gelegentlichen Ausdruck Bismarcks als Zeugnis verwendet — so hat Staat und Gesellschaft die Situation damals sich zur Warnung werden lassen und hat sich enorm gestärkt. Nicht nur wird oben überall gearbeitet, sondern die obere Schicht vom Fürsten bis zum kleinsten Unternehmer und kleinsten Beamten — die ganze von der Sozialdemokratie als reaktive Masse bezeichnete staatliche und bürgerliche Gesellschaft hat es verstanden in der ungeheuren Mehrtheit ihrer Persönlichkeiten — Männer wie Frauen — arbeitsfähige Persönlichkeiten, hochgeschulte, moralisch hochstehende Arbeitskraft zu schaffen.

Ein Sieg der Sozialdemokratie ist ganz undenkbar. Staat und bürgerliche Gesellschaft sind nicht greisenhaft, sondern stark, jung, entwicklungsfähig. Sie haben eine Dauer vor sich, so lang wie eine geologische Periode. Die sozialdemokratische Utopie ist in unserer Zeit wie andere Gebilde machtvoll aufgetreten. Sie wird aber von der wirklichen Entwicklung, wie alle ihre Vorgänger, verzehrt werden.

Je länger aber die Sozialdemokratie eine relative Rolle spielt, desto mehr wird sie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Arbeiterklasse innerhalb der aufstrebenden staatlichen und bürgerlichen Welt.

Die Leiter der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schmieden um so stärkere Waffen gegen die gesamte Arbeiterklasse, je mehr und je länger die radikale Organisation der Sozialdemokratie die Gefahr möglich erscheinen läßt, daß sie die anderen Arbeiterorganisationen in entscheidenden Momenten mit sich fortreißen wird.

Unter diesem Gesichtswinkel erscheint dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft die auf christlichem und staatlichem Boden basierte Arbeiterbewegung verdächtig und noch ungewisser als die Sozialdemokratie. Beim nicht ausbleibenden Siege von Staat und moderner Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten ist die Gefahr nahe gerückt, daß die Arbeiterklasse in einen schlechteren Rechtszustand zurückgedrückt wird. Gerade das Vorhandensein der Sozialdemokratie wird idealistischen Führern in Staat und Gesellschaft eine Rechtfertigung dafür bieten, daß von den arbeitenden Massen eine wirkliche Kulturentwicklung nicht zu erwarten ist, und daß sie niedergehalten werden müssen.

Diese Auffassung vertreten nicht nur eigensüchtige Unternehmer, sondern Staatsmänner, Historiker, Juristen — zahlreiche Vertreter der Wissenschaft an den Universitäten und Hochschulen.

Einflussreiche Persönlichkeiten und Organisationen suchen mit allen Kräften bei den Unterrichtsverwaltungen zu erreichen, daß die soziale Richtung überall ersetzt wird durch eine autoritär-kapitalistische.

Der Berliner Professorenstreik ist ein Wetterleuchten, hoffentlich, gewesen; denn noch hat sich die preussische Unterrichtsverwaltung in einer offiziellen Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ daran erinnert, welche Bedeutung Schmolter und Wagner für die Entwicklung des Deutschen Reiches haben.

Aber in allen möglichen Kanälen bringt eine arbeiterelementarische Richtung an die für Verwaltung, Justizdienst, gelehrte Berufe überhaupt bestimmte Jugend heran, natürlich auch an die Techniker und an alle Anwärter für leitende Beamtenstellen in den Unternehmungen aller Art.

Die nächsten Jahre bringen möglicherweise auf allen Gebieten eine den Wünschen für die Entwicklung der Arbeiterklasse durchaus ungünstige Konstellation.

Nicht Schlechtigkeit, Materialismus und Egoismus, sondern moralisch begründete, idealistisch im Interesse des ganzen Volkes gedachte starke Einschätzung der Zübereigenschaften in Staat und bürgerlicher Gesellschaft und Unterschätzung der Entwicklungsfähigkeit der Arbeiterklasse, welche auch durch den Zulauf zur Sozialdemokratie als gering erwiesen angesehen wird, bedrohen die Arbeiterklasse für die nächsten Jahrzehnte in einer Zeit der höchsten Entwicklung sonst mit einem Rückwurf, welcher für Jahrhunderte und Jahrtausende verhängnisvoll werden kann.

Darum ein Appell an die Arbeiter und Arbeiterorganisationen, welche noch nicht sozialdemokratisch sind, insbesondere an die Evangelischen Arbeitervereine und an alle Delegierten ihres Gesamtverbandes!

Sie dürfen nicht zusehen, daß während die Leistung, die Leistungsfähigkeit, die Arbeiterkraft oben wächst, die Quellen für das Wachstum von Leistungsfähigkeit und Arbeitskraft in der Arbeiterklasse durch die kommende Entwicklung ver-schüttelt werden. Sie haben die Verpflichtung, die Arbeiter, was nur in einem langen, harten Ringen möglich sein wird, zusammen mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft aus dem Damm der Sozialdemokratie zurückzugewinnen. Deshalb müssen Sie mit dem noch vernünftig in diesen Dingen orientierten Staat und mit dem vernünftigen Teil der Unternehmerklassen Schulter an Schulter in der Wirtschaft, in der Politik, auf allen Gebieten Front machen gegen die Sozialdemokratie. Nicht etwa bloß gegen die Schlechten in der Sozialdemokratie: die mag man ebenso wie die Schlechten, die Egoisten und Materialisten im Staat und in der bürgerlichen Gesellschaft sich gegenseitig selbst zerfleischen lassen — sondern gegen die Sozialdemokratie überhaupt, weil sie eine irtümliche Auffassung der Entwicklung vertritt und vor allem einen ungeheuren Fehler begeht, welcher unverbesserlich ist: Die Sozialdemokratie, welche die Bedeutung der Rechtsordnung, der Organisation so durch und durch anerkennt, zerstört systematisch in den Massen jedes Vertrauen zu den heutigen Organisationen, an deren Existenz sie doch nach ihrer eigenen Theorie jetzt noch gar nicht rütteln kann. Darüber hinaus gibt sie nirgends irgendwie handfest ihre Organisation der Zukunft zu erkennen, nicht einmal zur Verfügung akademischer Kritik. So ist sie, ohne eine Kultur der Zukunft in kontrollierbaren Zügen zu entwerfen, eine Zerstörerin der Achtung vor unserer Kultur in den Herzen der Massen und konnte, wenn Staat und leitende Schichten sich nicht gekräftigt hätten, zum Zerstörer unserer Kultur überhaupt werden.

Natürlich schallt von der Sozialdemokratie allen Arbeitern die Forderung entgegen, daß ihnen Ehre und Pflicht gebietet, mit der Sozialdemokratie gegen den Unternehmer und den Staat zu operieren.

Aus Klasseninteresse!
Die Arbeiter und Arbeiterorganisationen mögen aber erwägen, daß bei allen Gelegenheiten des Lebens große Klassen-leistungen für ganz wichtige Dinge, Entwicklungen, Lösungen zu bezeugen gewesen sind. Wer sich der Sozialdemokratie anschließt, mit ihr paktiert, arbeitet mit an der Verhinderung der Ausgestaltung unserer jugendfrischen, starken wirtschaftlichen Organisation in Wirtschaft und Staat.

Der Mensch ist nicht nur Klassengenosse. Er ist in erster Linie Person ganz für sich. Er hat sein persönliches Verhältnis zu Gott. Er kann sich gar nicht lösen aus seinen Beziehungen zu allen Klassen und Schichten des Volkes und zu der bürgerlichen und staatlichen Gesamtheit. Ihn nur zum Klassenmitglied stempeln, heißt ihn degradieren und, im Falle der Sozialdemokratie, von der Mitarbeit an allem wirklichen Fortschritt ausschalten. Nicht der Arbeiter ist ehelos und handelt gegen seine Pflicht, welcher mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft Schulter an Schulter gegen die Sozialdemokratie kämpft, sondern diejenigen Arbeiter und diejenigen Arbeiterorganisationen der Arbeiter handeln im höchsten Sinne ehrenhaft und pflichtgetreu, welche in Erkenntnis der Forderungen der Sozialdemokratie, in Erkenntnis der Gefahr, welche die Sozialdemokratie für die Entwicklung auch der Arbeiterklasse ist, klare Stellung gegen sie und für den Staat und die im Rahmen seiner Organisation blühend aufstrebende moderne Wirtschaft und Gesellschaft nehmen.

Leitwort für die Evangelischen Arbeitervereine muß auch an dieser Stelle das Wort Christi sein: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“

Innerhalb der Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird eine so gerichtete Arbeiterbewegung gegenwärtig an der Entwicklung überhaupt mitwirken können und in der Lage sein, es zu verhüten, daß eine Rückwärtsbewegung im Arbeiterrecht unserer Zeit, eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse eintritt — wird vielleicht es durchsetzen können, daß Verbesserungen eintreten.

Es widerspricht meiner Natur, an irgendeiner Stelle zuviel Hoffnungen zu hegen. Nichts ist so bedenklich als ein vielversprechender Anfang! Denn was wird geschehen!

Mein Wahlspruch ist: Arbeit, Geduld, Entagung, wenig Hoffnung, Pflicht vor allem — innerhalb ihrer Kampf, wo er geboten ist, aber auch dann ohne Haß!

Meine Hoffnung ist, daß die Arbeiterklasse auch im Deutschen Reich die Entwicklung ihrer Geschichte in ihrer eigenen Hand zu behalten vermag, indem sie den sozialdemokratischen Klassen-

kampf überwindet, aber in ihrer Mitarbeit mit Staat und bürgerlicher Gesellschaft vor allen Dingen die Rechtsordnung so entwickelt, daß die Veräußerung der Jahrtausende gutgemacht wird, daß wir wirklich ein würdiges Arbeiterrecht erhalten, auf welcher Basis alles andere, was der Arbeiter wünschen darf, sich mit der Zeit von selbst einstellen wird.

Seit vielen Jahren pflege ich in akademischen Vorlesungen von der „Reinlinie“ zu sprechen, das heißt von einer klaren Eigentumsordnung, und davon, daß das Eigentum, besonders das Eigentum an Produktionsmitteln, das Amt, ausgegaltene ist.

Die geistig vornehmsten Persönlichkeiten in Staat und bürgerlicher Gesellschaft denken in derselben Richtung. Der Reichskanzler — Herr von Bethmann Hollweg — hat letzthin bei bedeutenden Gelegenheiten, vor einer Interessensvertretung der Landwirtschaft und auf dem Deutschen Handelstag, diese Gedanken, indem er dieselben Ausdrücke gebrauchte, anfliegen lassen: Es gelle der Forderung der richtigen „Reinlinie“ — und Eigentum sei ein Amt!

Mein Appell an die Arbeiterorganisationen, insbesondere an die Delegierten des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine, geht nun andärrlich dahin: sie sollen als getreuer Eckart darüber wachen — und müssen deshalb die richtige Politik für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie einschlagen — daß die „Reinlinie“ auch nach der Richtung hin richtig gezogen wird, daß die Arbeitskraft des Arbeiters rechtlich so geschützt wird, wie es klassisch der katholische Sozialpolitiker Stöbe ausgesprochen hat:

„Leben, Gesundheit und sittliche Freiheit sind Güter, über welche der Arbeiter selbst nicht als absoluter Herr verfügen kann. Er ist durch den Willen seines Schöpfers gebunden, diesem verantwortlich. Weit weniger können die Güter Gegenstand des freien Arbeitsvertrags sein. Einen solchen Vertrag, der diese Güter in Frage stellt, kann die von Gott gesetzte Obrigkeit nimmer anerkennen! Ja, sie hat die heilige Pflicht, soweit die Arbeiter nicht selbst einflande sind, sich im Besitz dieser Güter zu schützen, ihnen diesen Schutz durch Gesetz zu sichern!“

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Arbeiterorganisationen, der Arbeiterbewegung, dafür zu sorgen, daß der Gedanke, dem auch der Reichskanzler Ansbund gegeben hat, von dem Amt s-character des Eigentums nicht einseitig im Sinne der Rechte ausgelegt wird, welche ein Amt seinem Inhaber gibt, sondern unter Berücksichtigung dieses notwendigen Inhalts des Begriffes paritätisch auch nach der anderen Seite ausgestaltet wird, daß ein Amt Pflichten auferlegt.

Lassen Sie Staat und Bürgertum Berechtigten widerfahren und fördern Sie für sich auf geordneten Wegen, die sich fernhalten von Haß und Verleumdung, das Ihnen zustehende Recht innerhalb des Staates und der Volksgemeinschaft!

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Ehe wir die Invalidenversicherung besprechen, gilt es noch, die Leistungen der Klassen zu behandeln. Diese sind vorgefrieben in dem § 198 und den folgenden. Das Gesetz unterscheidet zwischen Regelleistungen und Mehrleistungen; man kann auch sagen Ruß- oder Krankleistungen. Die Regelleistungen werden fixiert in dem § 197. Dieser Paragraph bestimmt:

- Als Krankenhilfe wird gewährt
- 1. Krankenpflege von Beginn der Krankheit an; sie umfaßt ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und anderen kleineren Heilmitteln, und
- 2. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohns für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom vierten Krankheitstage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt.

Die bareen Leistungen der Klassen werden nach dem Grundlohn bemessen.

Als solchen stellt die Satzung den durchschnittlichen Tagesentgelt derjenigen Klassen Versicherter, für welche die Klasse errichtet ist, bis fünf Mark für den Arbeitstag, fest.

Die Satzung kann den durchschnittlichen Tagesentgelt auch nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten stufenweise bis auf höchstens sechs Mark festsetzen.

Nach dem alten Gesetz konnte nur bis zu einer Höchstgrenze von vier, bzw. fünf Mark gegangen werden. Die Dinaufsetzung des durchschnittlichen Tagesentgelts, die in der Kommission erfolgte und vom Reichstag akzeptiert wurde, stellt eine bedeutende Verbesserung dar; sie ermöglicht höhere Grundlöhne und Klassenleistungen. An Stelle des halben Grundlohns als Krankengeld kann die Klasse, sofern sie leistungs-fähig ist, drei Viertel des Grundlohns gewähren. Die Sozial-

demokraten wollten diesen Betrag obligatorisch im Gesetz vorschreiben. Das hätte unter Umständen für viele Klassen solche Mehrausgaben gebracht, daß ihre Existenz in Frage gestellt worden wäre, jedenfalls hätten die Beiträge der Mitglieder ungemessen erhöht werden müssen. Der erwähnte Antrag wurde deshalb mit 212 gegen 59 Stimmen vom Reichstag abgelehnt.

Die Krankenhilfe muß mindestens 26 Wochen lang geleistet werden.

Durch Säzung kann der Krankengeldbezug auch schon vom ersten Tage an gewährt und die Dauer der Krankenhilfe auf ein Jahr ausgedehnt werden.

An Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes kann Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus, also Krankenpflege, gewährt werden. Neu ist die Bestimmung, daß mit Zustimmung des Versicherten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger oder Krankenschwestern gewährt werden kann.

Durch Säzung kann für kleinere Heilmittel ein Höchstbetrag festgesetzt und auch für größere Heilmittel ein Zuschuß gegeben werden. Die Klasse kann bei der Krankenpflege noch andere als kleinere Heilmittel, insbesondere Krankenloß, zubilligen, was bisher auch nicht möglich war.

Die Wochenhilfe ist erweitert worden.

Wöchnerinnen, die mindestens sechs Monate Massenmitglieder sind, sollen auf die Dauer von acht Wochen (bisher sechs Wochen) Wochengeld in Höhe des Krankengeldes erhalten. Gegen diese Bestimmung ist früher schon Widerspruch erhoben worden; insbesondere, daß auch Ledige dieses Wochengeld erhalten sollen. Wir haben uns seinerzeit mit gutem Recht für die Aufrechterhaltung der längst bestehenden Wochenhilfe für alle weiblichen Versicherten verwendet. Ein Streit über die Frage entstand denn auch nicht im Reichstag, sondern nur darüber, ob diese Bestimmung auch auf die Mitglieder der Landkassen ausgedehnt werden sollte.

In dritter Lesung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß Mitglieder der Landkassen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen, Wochengeld auf die Dauer von vier Wochen erhalten müssen; durch Säzung kann es auf acht Wochen ausgedehnt werden. Dieser Beschluß ist ein Kompromiß, ohne den die Verabschiedung des Gesetzes sehr erschwert worden wäre. Man wollte erst die Wirkungen der Wochenhilfe bei den neu zu errichtenden Landkassen abwarten, und glaubte denselben Weg beschreiten zu sollen, wie seinerzeit die Ortskassen ihn beschritten haben.

Die Sozialdemokraten stellten auch hier weit über das Ziel hinausgehende Anträge mit dem Zwecke, die Rutterchaftsversicherung im Krankenversicherungsgesetz einzuführen. Eine solche Versicherung kostete etwa 350 Millionen Mark. Da bei der Krankenversicherung die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen müssen, hätte von ihnen eine fast unerwünschte Summe aufgebracht werden müssen. Die Kosten einer solchen ausgedehnten Wochenhilfe und Säuglingsfürsorge kann man nicht den Krankenkassen allein auferlegen; da muß die Allgemeinheit und der Staat mit herangezogen werden. Der Reichstag lehnte schon in der zweiten Lesung die erwähnten Anträge mit 240 gegen 63 Stimmen ab.

Schon bei der letzten Novelle, als die Ausdehnung der Wöchnerinnenhilfe durchgeführt wurde, wandten sich auch sozialdemokratische Blätter, so *Korrespondent* im *„Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“*, gegen diese, mit dem Hinweis, daß dadurch die Klassen schwer belastet wurden. Jetzt sprechen die Sozialdemokraten von *„Arbeitererrat“* der Mehrheitsparteien.

Beschlossen wurde, den weiblichen Versicherten Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe, wie auch Schwangerengeld zu gewähren; ebenso Stillgeld 12 Wochen lang in Höhe des halben Krankengeldes.

Als Sterbegeld wird beim Tode eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes gezahlt. Familienhilfe zu leisten, ist den Klassen freigestellt worden. Nach dem angenommenen § 218 kann durch Säzung bestimmt werden, daß versicherungsfähige Familienmitglieder des Versicherten Krankenpflege, die Frauen auch Wochenhilfe erhalten und daß beim Ableben derselben Sterbegeld bezahlt wird.

Wichtig ist auch der § 225; danach erhält ein Versicherter, der Krankenteilung bezieht, aber zu einer anderen Klasse übertritt, von letzterer Klasse die weiteren Leistungen. Mehrleistungen werden von dieser aber nur dann gewährt, wenn ein Anspruch auf solche bei der vorherigen Klasse schon bestanden hat. Um den Streit aus der Welt zu schaffen, der bei unrichtiger Anmeldung manchmal entstanden ist, wurde bestimmt: eine Person, die ununterbrochen drei Monate Beiträge bezahlt hat, hat Anspruch auf die jagungsmäßigen Leistungen. Auch die Weiterversicherung Arbeitsloser wurde garantiert. Es bleibt

für solche beim Ausscheiden aus der Klasse wegen Erwerbslosigkeit der Anspruch auf Regelleistung bestehen, wenn der Versicherungsfall innerhalb dreier Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Aus anderen Verbänden.

Adolf Damaschke, der unermüdete Vorläufer der Bodene reform, erhielt im Auftrage des Reichskanzlers folgende Zusendung: „E. M. der Kaiser und Königin haben allergnädigst geruht, Ihnen in Anerkennung der vom Reiche geleisteten Dienste den Roten Adlerorden 1. Klasse zu überreichen.“ Bekanntlich ist es besonders das Zustandekommen der Reichswehrzuwachssteuer, das nur durch die unermüdete Aufklärung des Bundes der Bodene reformer ermöglicht wurde.

Ein Gewerkschaftssekretariat in Sachsen. Mit Anfang Juli d. J. ist ein vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften für das Königreich Sachsen in Dresden geschaffenes Sekretariat in Wirksamkeit getreten. Die Adresse desselben lautet: Hermann Voigt, Dresden-Kleussadt, Dammweg 1.

Parität in der deutschen Buchdruckerarbeitsgemeinschaft. Das Verbandsorgan des Gutenbergbundes, *„Der Typograph“* (Nr. 29/1911), muß erneut Klage darüber führen, daß die Bekanntmachungen des Tarifamts für das deutsche Buchdruckergewerbe nicht gleichmäßig allen in Frage kommenden Organisationen übermittelt würden.

„Bis heute werden dieselben fast durchweg nur dem *„Korrespondent“* (Organ des sozialdemokratischen Gehilfenverbandes) und der *„Zeitschrift“* (Prinzivaldorgan) zugeföhrt und nur höchst selten verirrt sich eine solche in die Redaktion des *„Typograph“*. Als ob die Mitglieder des Gutenbergbundes kein Interesse daran hätten, alles so gut und so rasch zu erfahren, als die Verbandsmitglieder. Wenn sie gegen die Beschlüsse und den Tarif verstoßen, weiß man sie doch zu finden und dann heißt's: Unkenntnis schützt vor Strafe nicht. Ein Beispiel aus neuerer Zeit: Am *„Korrespondent“* vom 18. Juli erscheint eine Bekanntmachung des Gehilfenvertreter für den II. Tarifkreis, daß bis spätestens 15. August die Tarifbeiträge zu zahlen sind. Die Verbandsmitglieder haben nicht einmal Interesse daran, das zu erfahren, daß ihre Beiträge durch die Hauptkasse entrichtet werden. „Alle übrigen tariftreuen Gehilfen“, heißt es wörtlich, „haben ihren Beitrag druckereiseigentlich gesammelt und unter namentlicher Aufführung der Beitragzahlenden an den Unterzeichneten abzuliefern.“ -- Die „übrigen tariftreuen“ Gehilfen wären demnach verpflichtet, den *„Korrespondent“* zu abonnieren, um obengenannte Bekanntmachung zu erfahren. Dem *„Typograph“* ist eine solche nicht zugegangen. Oder der *„Typograph“* ist verpflichtet, im Interesse der Tarifinstitutionen die Bekanntmachungen dem *„Korrespondent“* abzu drucken, was auch schon oft geschehen ist. Diesem unwürdigen Zustand muß bei der jetzigen Tarifrevision ein Ende gemacht werden. Wenn man von den Mitgliedern des Gutenbergbundes verlangt, daß sie ihren Pflichten nachkommen, muß man ihnen auch die gleichen Rechte einräumen. Daher dürfte die Forderung der Einbeziehung des Gutenbergbundes in die tariflichen Institutionen und die Anerkennung des *„Typograph“* gleich dem *„Korrespondent“* und der *„Zeitschrift“* gerechtfertigt sein.“

Der Reichsverband Deutscher Rechner-Talarevereine. die auf dem Boden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehende und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Rechnerorganisation, hielt am 26. und 27. April in Dresden ihre 5. Generalversammlung ab. Laut dem gedruckt vorliegenden und vom Verbandsvorsitzenden *Scharf-Hannover* erläuterten Geschäftsbericht stieg die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 1220 auf 1920. Die Jahresrechnung betrug 24 908 M., die Ausgabe 23 942 M. Für Krankenunterstützung wurden 6196 M., für Sterbegeld rund 1000 M. verausgabt. Beschlossen wurde die Neueinführung einer Gewerbesteuerunterstützung. Die Generalversammlung nahm Resolutionsentgegen über „Stellenvermittlungsgesetz und Arbeitsnachweis“, sowie über „Arbeiterklub im Gastwirtsgerber“, in denen die Forderungen der Angestellten im Gastwirtsgerber sachlich vertreten und nachher in einstimmig beschlossenen Resolutionen niedergelegt wurden. Ueber „Gewerkschaftliche Arbeit und ihre Erfolge“ sprach der als Vertreter des Gesamtverbandes amwesende Gewerkschaftssekretär Voigt. Der Verbandstag, dem die Herren Gewerbe- und Regierungsrat Dr. Hübener von der Königl. Kreisbauhauptschaft Dresden und Dr. Graaß vom Zentralarbeitsnachweis in Dresden als Gäste beizusahen, verließ in schönster Weise und berechtigt zu guten Hoffnungen für eine günstige Weiterentwicklung der christlich-nationalen Rechnerorganisation.

„Wozu lernt man lesen?“

„Sehr einfach, um später lesen zu können,“ werden viele antworten. Aber das Können allein nützt auch noch nichts, man muß es auch ausüben, und zwar soll man nicht nur die Zeitung und das Einwickelpapier lesen, sondern man soll vor allem alles Geschriebene und Gedruckte lesen, unter das man seinen Namen setzt, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, damit man nicht Bedingungen unterschreibt, die ungünstig sind, und zweitens, damit man auch weiß, was für Verpflichtungen man etwa übernimmt und diesen dann auch nachkommen kann, denn sonst hat man leicht Schaffen. Das gilt auch von Verträgen, Arbeitsordnungen, Satzungen der Krankenkassen usw. Neulich kam ein Mitglieb sehr unglücklich auf die Hauptgeschäftsstelle. Auf der Kasse habe man ihr gesagt, sie dürfe der Kasse nicht mehr als Selbstzahler angehören. Sie hatte auf eine Antwort des Reudanten hin drei Wochen lang nicht gezahlt. In den Satzungen, die im Mitgliedsbuch eingeklebt sind, steht aber: „Das Recht als Selbstzahler erlischt, wenn jemand an zwei aufeinander folgenden Zahlungsterminen nicht zahlt.“ Die Kasse war also dem Buchstaben nach vollständig berechtigt, sie abzuweisen. Auch durch verspätete Anmeldung usw. verliert mancher sein Recht. Also alles durchlesen und im Notfall fragen, am besten die Gruppenvorsitzende!

Elisriede Söckling.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Unsere Berliner Mitglieder werden herzlich zur Teilnahme an einem geschichtlichen Unterrichtskursus eingeladen, der vom 30. August bis zum 1. November 1911 jeden Mittwochabend von 8½ bis gegen 10 Uhr bei Fräulein Gertrud Hermes-W35, Genthiner Straße 15, Villa II, stattfindet. Thema: „Einige Kapitel aus der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts“. Die Teilnahme steht allen Mitgliedern sowie deren erwachsenen Töchtern unentgeltlich frei. Elektrische Bahnen: Nr. 2, 8, 17, 33, 52, 54, 56, 66, 67, 76, 78, 79, 80, 81, 91, 92, 93, 98, A, P, R. Anmeldungen bei den Gruppenvorsitzenden.

Berlin-Süd. Fr. Wolff eröffnete die nicht so stark als sonst besuchte Sitzung kurz nach 8 Uhr abends und übermittelte Grüße in Widrow und Budow i. d. Mark zur Erholung befindlicher Mitglieder. Zunächst teilte die Vorsitzende mit, daß auf dem diesjährigen Sommerausflug wiederum zehn Mitglieder das Veteranen-Ehrenzeichen erhalten können. Bei der dann folgenden Besprechung des Hauptvorstands-Protokolls berichtete Fr. Wolff über das Reichsversicherungs-gesetz und betonte hierbei, daß dies trotz verschiedener Mängel doch einen entscheidenden Fortschritt bedeute. Allen noch nicht 40-jährigen Mitgliedern wurde erneut der Rat gegeben, auf eigene Kosten sich der Invaliden-Versicherung anzuschließen, da dies nach Inkrafttreten der neuen Reichs-Versicherungsordnung schwieriger sein wird. Die Gruppe wird sich an der von dem „Ständigen Ausschuss zur Vertretung von Arbeiterinnen-Interessen“ im Frühjahr 1912 in Aussicht genommenen Ausstellung: „Die Frau in Haus und Beruf“ beteiligen. Wir wollen hauptsächlich Qualitätsleistungen ausstellen. Sodann nahm die Versammlung Stellung zu den Blumentagen. Die geäußerten Ansichten bestanden sich im wesentlichen mit den in der letzten Nummer der „Heimarbeiterin“ enthaltenen. Ferner teilte Fr. Wolff mit, daß es Fr. Steffek nach langen Bemühungen gelungen ist, für die Töchter unserer Mitglieder fünf Freistellen zur Erlernung der Säuglings- und Kinderpflege in einer entsprechenden Anstalt zu erlangen. Die betreffenden jungen Mädchen können sich dort bei vollständig freier Unterkunft, Verpflegung und Wäsche in sechsmonatigem Kursus zu Kindergärtnerinnen oder in zwölfmonatigem zu Kinderpflegerinnen ausbilden lassen. Die betreffenden Anstalten sind mit Stellenvermittlung verbunden. — Die Studentinnen-Fortbildungskurse werden wieder zweimal wöchentlich stattfinden. Außerdem wird Fr. Hermes im Herbst Kurse in der deutschen Geschichte abhalten. — Der Plan gemeinsamen Kohlenkaufs stößt bis jetzt auf Schwierigkeiten, da die Gruben nicht unter vier Lohren abgeben wollen. Trotzdem will Fr. Wolff sich noch weiter in dieser Richtung bemühen. Fr. Wolff besprach sodann an Hand der „Heimarbeiterin“ alle diejenigen Ausdrücke und Fremdwörter, die neu eintretenden Mitgliedern unverständlich sein können und knüpfte hieran Ausführungen über die einzelnen Gewerbevereine. Die Versammlung folgte den Darlegungen mit regem Interesse. — In unserer gut besuchten Juli-Versammlung hatten wir die große Freude, unsere liebe Hauptvorsitzende, Fr. Behm, bei uns zu sehen. Fr. Behm hatte den Vorschlag übernommen und sprach in bekannter, anregender Weise über die **Werbearbeit** unseres Vereins. Sie stellte diesbezügliche Fragen,

die die Mitglieder lebhaft beantworteten. Dann erzählte Fr. Behm, wie erfreulich der Grundstock zum Altersheim sich vergrößere. Wie auch Ihre Majestät, unsere geliebte Kaiserin, sich so sehr für das Altersheim interessiere. Die Südgruppe beschloß dann, auch noch 100 M für das Altersheim zu spenden. Hierauf berichtete Fr. Wolff über die Lieferung von Kohlen, die die Mitglieder für 7,60 M für das Taufen erhalten können. Mit fröhlichem Gruß schieden wir gegen 11 Uhr von unserem lieben Fr. Behm.

Dresden. Der Arbeitsnachweis des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen, der in Dresden erst Ausgang des Jahres 1910 eingerichtet und nach Hauptstraße 36, 2. Etage (Telephon 2794) gelegt wurde, wird erfreulicherweise immer mehr bekannt. Er wurde vom 1. Januar bis 1. Juli für Näherinnen 193 mal in Anspruch genommen, und zwar 119 mal für Heimarbeiter, 60 mal für Arbeit auf Stube. Unerledigt blieben 14 Stellen.

Offen. „Die Berufswahl für die weibliche Jugend“ hieß das Thema, das in unseren Mai- und Juni-Versammlungen von der Kassensührerin, Fr. Riebert, behandelt wurde und das lebhafteste Interesse aller Anwesenden erregte. Stehen doch viele unserer Mitglieder mit ihren heranwachsenden Töchtern wieder dieser wichtigen Frage gegenüber und fühlen sich den Schwierigkeiten einer befriedigenden Lösung nicht gewachsen, zum Teil aus Unkenntnis der Erwerbsmöglichkeiten, die sich heute einem jungen Mädchen bieten, und der Licht- und Schattenseiten, die die verschiedenen Berufe mit sich bringen. Die Winke, die wir in unseren Versammlungen empfangen haben, möchten wir nun gern hier weitergeben an alle unsere Mitglieder, die ihrer vielleicht auch einmal bedürfen.

Erwähnt wurde zuerst das Mädchenheim des Diakonievereins „Arbeiterinnensfürsorge“, gegründet von P. Zimmer, in Dieringhausen bei Köln am Rhein, in dem junge Mädchen in allen Zweigen des Haushalts gründlich ausgebildet werden und zur Förderung ihrer Allgemeinbildung noch Unterricht in verschiedenen Fächern, wie: Religion, Rechnen, Deutsch, Erdkunde, Geschichte, Gesundheitslehre, Handarbeit usw., erhalten. Nebenbei verdienen sie durch Arbeiten in Fabriken, die mit der Anstalt in Verbindung stehen, so viel, daß sie nach den abgültigen Abgaben für Kost und Wohnung im Heim, die pro Tag auf 0,85—1,00 M berechnet werden, sich noch ein nettes Sümmchen sparen können. 3—4 Jahre sind für völlige Ausbildung vorgesehen, und bei guter Führung werden nach Ablauf dieser Zeit den Jünglingen gute Stellen vermittelt. Technische Anstalten bestehen in Hagen, Wipperfurth und Werden.

Die Berufe als Verkäuferinnen und Putzmadchen rufen weisen viele Schattenseiten auf. Geringe Bezahlung bei schwerer, teilweise gesundheitschädlicher Arbeit und kostspieligen Anforderungen an die Kleidung; bei einseitiger Ausbildung keine Versorgung im Alter. Statistisch ist nachgewiesen, daß sich nur ein geringer Prozentsatz der Ladnerinnen verheiratet, und ebenso ist es Tatsache, daß fast alle Geschäfte junge Mädchen bevorzugen und somit diese Beschäftigungen keine Lebensberufe sein können, zumal die Putzmadchen nur Saisonarbeit ist.

Dagegen ist die Ausbildung in der Schneiderei sehr zu empfehlen, da geschickte Näherinnen immer gesucht und gut bezahlt werden. Kontoristinnen und Kindergärtnerinnen zweiter Klasse kamen nicht weiter in Frage, da sie einer längeren Vorbildung bedürfen.

Zu empfehlen ist auch, wo Lust und Liebe vorhanden, die Ausbildung in der Krankenpflege. Diese übernimmt bei den sogenannten „weiblichen Krankenpflegerinnen“ in unserer Gegend „die westfälische Frauenhilfe“. Das Einkommen beträgt 900—1200 M; für Dienstunfähigkeit ist im Alter eine Pension ausgesetzt. Auf katholischer Seite tut es der „Krankenfürsorgeverein“ in Dindental bei Köln. Die Pflegerinnen haben sich für drei Jahre zu verpflichten, bezahlen für die Ausbildung 250 M und erhalten im Alter eine Pension von 400—600 M. Ein anderer bezahliger Verband ist das „Rote Kreuz“, das seine Mutterhäuser, katholisch in Gelsenkirchen, evangelisch in Langendreer, hat und seine Schwestern wie der Krankenfürsorgeverein stellt.

Mit großer Uebereinstimmung wurde aber fürs praktische Leben wie für den zukünftigen Frauenberuf die Ausbildung als Hausangestellte als die gesündeste, gründlichste und vorzuziehendste von allen Mitgliedern hervorgehoben. Hierzu noch einige Winke. Geschäftshäuser sind für den Anfang nicht günstig, da hier entweder die Kräfte zu sehr ausgenutzt werden, oder die Mädchen nicht die nötige Anleitung haben. Auch Stellen auf halbe Tage sind möglichst zu vermeiden, weil die jungen Menschenkinder auf die Weise nicht in alle Zweige des Hauswesens eingeführt werden können, teilweise jubel Arbeit, andererseits jubel freie Zeit haben und so vielen Versuchungen ausgesetzt sind.

Ausreichende Allgemeinbildung und ein gründliches Kennenlernen aller häuslichen Arbeiten, auch neben einem gewerblichen Beruf, der aus Gesundheitsrückichten nicht gleich nach der Schulzeit einsetzen dürfte, ist aber für jedes Mädchen unerlässlich, damit es sich im späteren Leben zu helfen weiß, da unsere Zeit größere Anforderungen an den Einzelnen stellt als früher, und eine gründlichere Durchbildung verlangt. Darum wurde auch in unserer Versammlung wieder der Ruf nach Fortbildungsschulen für Mädchen laut, damit sie einmal im Leben eine gesicherte Stellung einnehmen und ihren Platz ausfüllen können zu ihrer und anderer Befriedigung.

Hamburg-Barmbeck. Unsere Barmbecker Gruppe ist noch recht jung und klein, beginnt aber langsam zu wachsen. In unserer Julierversammlung sprach die zweite Vorsitzende über die Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung. In klaren Worten wußte sie das für unsere Mitglieder Wichtigste und Wissenswerteste zu schildern. Dankbar wurde das Erreichte anerkannt, unsere unberücksichtigt gebliebenen Wünsche in bezug auf die Invalidenversicherung noch einmal hervorgehoben und zum Weiterhelfen und Mitigvorkwärtschauen ermahnt. Die recht lebhafteste Diskussion bewies, daß auch unsere Barmbecker Mitglieder anfragen, reges Interesse für unsere Bewegung zu bekunden. Wir hoffen, es soll bei uns bald tüchtig vorwärts gehen und unsere unermüdete Wertarbeit reiche Früchte tragen, so daß die Zahl unserer Mitglieder bald die der drei anderen Hamburger Gruppen erreicht haben wird.

Hannover. Statt der Versammlung findet am Mittwoch, den 16. August, gemüthliches Beisammensein aller Vorstände und Mitglieder auf Bella Vista um 4 Uhr statt. Zahlreiches Kommen erwünscht. Es wird auch Kasse gemacht.

Leipzig. In der Julierversammlung hielt Herr Marinepfarrer Waugemann einen Vortrag über Japan und japanisches Frauenleben. Der Redner verstand es, wie immer, seine Zuhörerschaft aufs lebhafteste zu interessieren. Dem Vortrag ging Gewerkschaftliches voran. Fel. Kraß, die erste Vorsitzende, machte die Mitglieder darauf aufmerksam, daß sich Johannisplatz 8, II. Etage (altes Johannis-Hospital, Eingang Dresdener Straße), künftighin nicht nur das Bureau befindet, sondern daß dort auch eine Betriebs- und Lehrwerkstatt ins Leben gerufen wird, deren Eröffnung im Rahmen einer Heimarbeitsausstellung voraussichtlich Mitte September stattfindet. Diese Lehr- und Betriebswerkstatt dient einerseits dazu, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, unter Aufsicht ihre Probearbeit anzufertigen, andererseits die Lehrkurse weiter auszubauen und in eigenen Räumen die Lehrkurse in Weissen, Schneidern usw. abzuhalten. Vom Werte dürfte auch die Fließtuba sein. Alleinlebende Damen, die sich nicht um das Instandhalten ihrer Garderobe kümmern können, Konservatorinnen, Studenten, Malerinnen und Maler der Akademie, kurz, ein jeder kann dort allwöchentlich oder monatlich seine Garderobe usw. zum Ausbessern hingeben. Das ganze Unternehmen wird streng kaufmännisch geleitet. Die Arbeitsvermittlung und Vermittlung von Arbeitskräften verschiedenster Branchen wird von der Zentralfstelle der Ortsgruppe Leipzig des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen weiter geführt.

Reife. In der Juni-Versammlung wurde für den in letzter Stunde abgesetzten Vortrag eine Lesung über Frauenpolitik gehalten. „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben; bewahrt sie. Sie fällt mit euch, mit euch wird sie sich heben.“ Nicht die Politik außer dem Hause, sondern im Hause, im Familienstand! Da soll die Frau ihren Posten gut vertreten und ausfüllen, und zwar in der Führung des Hauses, der Sorge um das Wohl ihrer Lieben, Pflege des Friedens und Bewahrung der Gottesfurcht. — Die letzte Versammlung am 13. Juli gestaltete sich durch den Vortrag des Herrn Redakteurs Düren sehr anregend und interessant. Redner sprach über Staatshilfe und Selbsthilfe. Wohl kann der Arbeiter die Hilfe des Staates verlangen, aber auf diese allein sich nicht verlassen, sondern soll Staats- und Selbsthilfe wie zwei Arme gebrauchen, um sich damit emporzuarbeiten. Deutschland habe ein Arbeiterschutzgesetz wie kein anderes Land der Welt und wird dieses hoffentlich in Zukunft immer mehr zugunsten der bisher stiefmütterlich behandelten Heimarbeiter ausgebaut und verbessert werden. Dazu ist aber deren Zusammenschluß unerlässlich. Denn nur geeint können Hilferufe durchdringen und Erhöhung finden. „Der Menschheit größte Zauberkräft liegt im vereinten Streben.“ Nach dem mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag kam alles übrige Gewerkschaftliche zur Erledigung. Einige Teilnehmerinnen von dem am 3. Juli begonnenen Kinderkleidchen- und Blusenkursus hatten ihre selbstgefertigten, hübschen Arbeiten mitgebracht und machte diese kleine Ausstellung, welche am Schluß des Kurses noch in größerem Umfang wiederholt werden soll, viel Freude. Wägen die

Mitglieder reichen Nutzen zu besserem Fortkommen aus dieser Vergünstigung des Vereins ziehen! Das durch die Betriebswerkstätte unseres Gewerkschaftsvereins bezogene Maschinengarn findet, weil gut und billiger als hier am Orte, guten Abgang. Das Gesuch an den Magistrat um eine Spende zugunsten unserer Erholungskasse aus dem Erlös der Blumentage ist leider durchgefallen, weil derselbe hauptsächlich für Kinder-Wohlfahrts-einrichtungen Verwendung gefunden hat. Der am 15. v. M. unternommene Spaziergang nach Neuland hatte sich einer regen Teilnahme zu erfreuen; der geräumige Saal konnte kaum alle diejenigen fassen, die sich zur fröhlichen Feier eingefunden hatten. Mit einigen kurzen, belehrenden Reden wurde die Versammlung in der ersten Stunde geschlossen.

Potsdam. Unsere nächste Versammlung findet ausnahmsweise am 18. August statt, und zwar Junkerstraße 15 im Jünglingsverein, sonst jeden zweiten Dienstag.

Kursus in der Säuglings- und Kinderpflege.

Durch besondere Vergünstigung des preussischen Kultusministeriums, welches die Mittel dazu bewilligt hat, ist den Töchtern von Mitgliedern des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen die Gelegenheit geboten, sich zu Kinderwärtnerinnen resp. Kinderpflegerinnen auszubilden. Vorkursus sind fünf Stellen zum Oktober 1911 frei. Der Kursus dauert sechs Monate resp. ein Jahr.

Die Aufnahmebedingungen sind folgende:
Nur schulentlassene, konfirmierte Mädchen, welche das fünfzehnte Lebensjahr überschritten haben, werden aufgenommen.

Die Mädchen werden vor der Aufnahme vom Arzt des Heims untersucht. Tuberkulose, Skrofuloze sowie alle übertragbaren Krankheiten machen durch die Pflegelinge damit verbundene Gefahr eine Aufnahme unmöglich.

Die Mädchen wohnen bei voller Verpflegung und freier Wäsche im Heim.

Sie bringen mit: 2 Anstaltskleider, 4 dunkle, 4 weiße Schürzen, 6 Taghemden, 4 Paar Beinkleider, 4 Paar Strümpfe, 4 Nachttücher, 12 Taschentücher. Das Zeug für die Kleider ist durch die Anstalt zu beziehen.

Der Unterricht umfaßt:

- a) Unterweisung in der Wartung und Pflege der Kinder als: Baden, Waschen, Trockenlegen, Flasche- und Eisenbereiten und -reichen sowie Spielen mit den Kindern von 1-3 Jahren.
- b) Behandlung der Kinderwäsche, Reinigung der Kinderzimmer und Handarbeit.

Sind die Mädchen nach körperlicher und geistiger Entwicklung für den Säuglingsdienst nicht geeignet, so werden sie nach vorheriger Benachrichtigung der Eltern wieder entlassen. Minderjährige haben die Einwilligung der Eltern oder des Vormundes nachzuweisen.

Beim Verlassen des Heims nach sechsmonatiger Anwesenheit wird ein Führungsattest ausgestellt. Bei längerem Aufenthalt (12 Monate) erhalten die Mädchen in den letzten sechs Monaten ein kleines Taschengeld, und beim Verlassen des Heims nach Prüfung ein Befähigungszeugnis als Kinderpflegerin.

Die tüchtigsten, nicht unter 18 Jahre alten Mädchen bekommen innerhalb des zweiten Vierteljahres 14 Tage Nachtwache.

Tägliche Arbeitseinteilung:

Aufstehen 6 Uhr, 1/7 Uhr Frühstück, 3/7 Uhr Arbeitsanfang: Kindermessen, Baden, Flaschengeben, Zimmerreinigen, Staubwischen, Windeln spülen. 1/10 Uhr: Zweites Frühstück der Wärterinnen, dann Kindern Frühstück geben, mit ihnen spielen bei schönem Wetter im Freien. 12-1 Uhr Kindermittag geben, zur Mittagruhe niederlegen. 1/2-2 Uhr Mittagessen der Wärterinnen, von 2-2 1/2 Uhr Mittagruhe der Wärterinnen. 2 1/2-3 1/2 Uhr Kinderwäsche aufhängen, legen, rollen in der Waschkabteilung. 3/4 Uhr Kaffeetrinken. 3/4-7 1/2 Uhr Kindermessen, spielen, umziehen, Windeln spülen, Abendessen geben, zur Ruhe legen, Kinderzimmer ordnen, Windeln und alles zur Nacht vorbereiten. 1/8 Uhr Abendessen der Wärterinnen. Von 8 Uhr an Freizeit, um 10 Uhr zu Bett. Abends einmal von 5-10 Uhr freier Nachmittag zum Ausbessern der eigenen Sachen. Sonntags 14tägig abwechselnd einmal Kirchurlaub von 9-12 Uhr, das andere Mal freier Nachmittag von 2-10 Uhr.

Mitglieder, welche wünschen, daß ihre Töchter diesen Kursus durchmachen, können sich in der Hauptgeschäftsstelle: Rollendorfsstraße 13/14, melden und erhalten gegen Einschreibegeld von 50 Pf. eine Meldebarte mit näheren Angaben.

M. A. Steffed.

So lieblich ist keine Frühlingsnacht,
 So heiß kein Sommer in seiner Pracht,
 Kein Herbst so reich, kein Winter so streng,
 Keine Welt so weit, kein Dohr so eng,
 Kein Traum so weich, so hart kein Erz,
 Wie du, vielfältig Menschenherz.
 Heinrich Heide.

Versammlungsanzeiger.

- Berlin-Moabit.** 7. August, 4. September, 1/8 Uhr, Bilsnader Straße 63.
- Berlin-Nord.** 14. August, 11. September, 1/8 Uhr, Bernauer Str. 4.
- Berlin-Nordost.** 1. August, 5. September, 1/8 Uhr, Schönhauser Allee 177, Quergebäude II.
- Berlin-Ost.** 7. August, 4. September, 1/8 Uhr, Große Frankfurter Str. 11, Hof I.
- Berlin-Süd.** 1. August, 5. September, 1/8 Uhr, Johannistisch 6, großer Saal.
- Berlin-Südost.** 15. August, 19. September, 8 Uhr, Kaufinger Straße 9, Stfl. r. 1.
- Berlin-Wedding.** 21. August, 18. September, 8 Uhr, Alte Nazarethkirche, Schulstraße.
- Berlin-West.** 14. August, 11. September, 1/8 Uhr, Rollendorferstr. 41, Spt.
- Bielefeld.** 2. August, 6. September, 1/8 Uhr, im alten Rathausaal am alten Markt.
- Boitang.** 3. August, 7. September, Gasthaus „Traube“.
- Breslau-Nord.** 7. August, 4. September, 8 Uhr, Wafteigasse 7.
- Breslau-Süd.** 14. August, 11. September, 8 Uhr, Herrenstraße 21-22.
- Bromberg.** 14. August, 11. September, Neue Volksküche am Hannover-Wegehern-Platz.
- Danzig.** 14. August, 11. September, 8 1/2 Uhr, Westpr. Gewerbehalle.
- Dormstadt.** 4. August, 8. September, 8 Uhr, Stiffstr. 47.
- Dirschau.** 4. August, 8. September, 8 Uhr, Vereinshaus, Samborstraße.
- Dresden-Alstadt.** 15. August, 19. September, 1/8 Uhr, Am See 3, pt.
- Dresden-Neustadt.** 1. August, 5. September, 1/8 Uhr, Glacisstr. 3.
- Dresden-Nieschen.** 8. August, 12. September, 8 Uhr, Concordienstr. 4.
- Düsseldorf.** 2. August, 6. September, 8 Uhr, Paulushaus, Eingang Jahnstr. 11.
- Eibing.** 7. August, 4. September, 8 Uhr, Erholungsheim.
- Erfurt.** 7. August, 4. September, 8 Uhr, Allerheiligenstr. 10, Vereinshaus.
- Effen.** 24. August, 28. September, 8 Uhr, Alfredshaus.
- Frankfurt a. M.** 2. August, 6. September, 8 Uhr, Bleichstr. 40.
- Friedrichshagen.** 10. August, 14. September, 8 Uhr, Friedrichstraße 81, bei Scholz.
- H. Gladbach.** 2. August, 6. September, 8 Uhr, Dahlemer Str., Gefellenhaus.
- Griesheim.** 18. August, 15. September, 8 1/2 Uhr, Kleintinderschule, Schulstraße.
- Halle-Nord.** 2. August, 6. September, 1/8 Uhr, Albrechtstr. 27.
- Halle-Süd.** 14. August, 11. September, 1/8 Uhr, Mauerstr. 7, Herberge zur Heimat.
- Hamburg-Stadt.** 14. August, 11. September, 8 Uhr, WBC-Str. 57, I.
- Hamburg-Paradee.** 8. August, 12. September, 8 Uhr, Friedrichstiftung, Marschnerstraße 36.
- Hamburg-Hammerbrook.** 1. August, 5. September, 8 Uhr, Hammerbrookstraße 68, I.
- Hamburg-Winterhude.** 7. August, 4. September, 8 Uhr, Eisenheim, Wopmoortweg 31.
- Hannover.** 16. August, Ausflug nach Bella Vista, 4. September, 8 Uhr, Burgstraße 90, Arbeiterverein. Jeden zweiten Montag im Monat geselliges Besammentreffen, besonders für junge Mitglieder, und Neuaufnahmen, Besprechung über Zweck des Vereins, Sagen usw. Alte Keller Heerstr. 1211.
- Kassel.** 10. August, 14. September, 1/8 Uhr, Altes Rathaus, Obere Karlftr. 12.
- Köln.** 14. August, 11. September, 8 Uhr, Marzellenstr. 13, Aula.
- Köln-Koll.** 28. August, 9 Uhr, Koll: Vereinshaus. 20. September, 9 Uhr, Humboldtkolonie: Vereinshaus.
- Königsberg i. Pr.** 21. August, 18. September, 8 Uhr, Deutsche Kessouere, Kaiserjaal, Jägerhoffstraße.
- Königsberg i. Pr., Daberberg.** 2. August, 6. September, 1/8 Uhr, Magisterstraße 41.
- Leipzig.** 7. August, 4. September, 1/8 Uhr, Johannisplatz 3, Hof I.

- Magdeburg.** 10. August, 14. September, 8 Uhr, Richards Festfale, Apfelstraße.
- München.** 13. August, 17. September, 3 Uhr Grafeneiche zu Thalkirchen.
- Meiße.** 10. August, 14. September, 8 Uhr, Kath. Vereinshaus.
- Neuenhagen.** 14. August, 11. September, 7 Uhr, bei Reimann, Schweizerhaus.
- Neuß.** 10. August, 14. September, 8 1/4 Uhr, bei Hemmerden, Neustr.
- Nordhausen.** 2. August, 6. September, 8 1/4 Uhr, Riefenhaus am Lutherplatz.
- Pantow.** 2. August, 6. Septemb., 8 U., Kaiser-Friedrichstr. 12, 6. Köpfer.
- Posen.** 21. August, 18. September, 1/8 Uhr, Vereinshaus vor dem Berliner Tor.
- Potsdam.** 15. August, Junferstr. 15, Jünglingsverein, 12. September, 8 Uhr, Zum Obelisk, Hohenzollernstraße.
- Regensburg.** 20. August, 17. September.
- Rigdorf.** 28. August, 25. September, 1/8 Uhr, Bergstraße 147, Bürgerfale.
- Rummelsburg.** 21. August, 18. September, 8 Uhr, Gemeindehaus, Prinz-Albertstraße 59.
- Schwandheim.** 14. August, 11. September, 8 1/2 Uhr, „Zum grünen Baum“.
- Stettin.** 7. August, 4. September, 8 Uhr, Elisabethstr. 53.
- Stolp.** 7. August, 4. September, 8 Uhr, Aula der Höh. Töchterfchule.
- Stuttgart.** 3. August, Brenzhaus, 6. September, 1/8 Uhr, Hohe Str. 11.
- Zwiftrngen.** 6. August, 3. September, 4 Uhr, Gefellenhaus.
- Weifenfee.** 14. August, 11. September, 8 Uhr, Gemeindehaus am Kirchbachplatz.
- Wiesbaden.** 11. September, 8 Uhr, Drantenstr. 53.

Wiederum sind nach Gottes unerforschlichem Ratfchluf vier treue Mitglieder von uns geschieden.

In Gruppe **Berlin-Nord** starb am 20. Juli 1911 an Lungenleidenduch eine von denen, die den Gewerkeverein gründen halfen, unser liebes, getreues Mitglied

Frau Eva Stoewer, geb. Kosma,

geboren am 9. Januar 1872 in Staude, Kreis Pleß, Oberschlesien.

In Gruppe **Berlin-Nordost** starb am 3. Juli 1911 an einem Herzleiden unser liebes Mitglied

Frau Pauline Komnick, geb. Gitt,

geboren am 22. Januar 1872 in Saalfeld, Thüringen.

In Gruppe **Frankfurt a. M.** starb am 25. Mai 1911 an Bronchialkatarrh mit folgender Herzschwäche unser liebes Mitglied

Witwe Eva Windolph, geb. Leydecker,

geboren am 7. November 1836 in Rudesheim am Rhein.

In Gruppe **Hannover** starb am 22. Mai 1911 ganz plötzlich an Herzschlag unsere liebe Vertrauensfrau, die von der Gründung der Gruppe an Mitglied war,

Frau Luise Göbel, verwitwet gewesene Koch, geb. Stövesand,

geboren am 11. Juli 1871 in Jellerfeld am Harz.

Inhalt: Einspruch. — Brauchen wir Vertragsausfchüsse für die Hausindustrie? — Die Dresdener Lohnbewegung und Sozialdemokratie. — Die neue Reichsversicherungsordnung (Fortsetzung). — **Was andere Verbands:** Adolf Damaght. — Ein Gewerkschaftssekretariat in Schaffen. — Partei in der deutschen Buchdruckerzunftgemeinschaft. — Der Reichsverband Deutscher Keller-Lothweine. — Wo lernt man lesen? — **Was unsere Bewegung:** Gruppenberichte. — Aufsatz in der Sänglings- und Kinderpflege. — Gebicht. — Versammlungsanzeiger. — Todesanzeigen.